

FORUM GEWERKSCHAFTEN (Hrsg.)

Soziale Marktwirtschaft – das Ende der Geschichte?



Zur Kritik des Entwurfs für ein neues DGB-Grundsatzprogramm

Mit Beiträgen von Otto König, Frank Deppe, Helmut Schauer, Oskar Negt,
Heinz Bierbaum, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban, Klaus Peter Kisker,
Michael Wendl, Joachim Bischoff und Sybille Stamm

Sämtlich Karikaturen im Innenteil stammen aus dem Archiv von Sozialismus

Inhalt

Otto König/FORUM GEWERKSCHAFTEN

Auftakt zur Debatte 1

Frank Deppe

Wege in die Defensive – nicht aus ihr heraus 2

Ein Programm ohne Geschichte, Gegenwartsanalyse und Zukunftsstrategie

Helmut Schauer

Anpassung oder Neuorientierung 7

Oskar Negt

Interessenvertretung, politisches und kulturelles Mandat 10

Die Perspektive einer zweiten Gesellschaftsreform

Heinz Bierbaum

Zur Profilierung einer Reformkraft untauglich

DGB-Programmtextwurf im Lichte nationaler Standortpolitik 16

Horst Schmitthenner/Hans-Jürgen Urban

Reformpolitische Erneuerung des Sozialstaates 21

Klaus Peter Kisker

Markt und Staat im globalen Kapitalismus 26

Michael Wendl

Ende solidarischer Tarifpolitik? 28

Joachim Bischoff

Abschied von einer Alternative zum Kapitalismus 30

Sybille Stamm

Denn die Verhältnisse, die sind nicht so 34

Initiativgruppe hessischer Gewerkschafter

Stellungnahme 36

zum Entwurf des DGB-Bundesvorstandes für ein neues Grundsatzprogramm und zum Verfahren der Programm-Debatte

Supplement der Zeitschrift **Sozialismus** 6-96

ISSN 0721-1171, Schutzgebühr DM 5,-

© Sozialistische Studiengruppe (SOST) e.V. 1996

Redaktion **Sozialismus**, Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg, Telefon und Fax 040/250 10 11

Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz und Druck, Hamburg

Auftakt zur Debatte

Nahezu fünf Jahre wurde an Entwürfen für ein neues DGB-Grundsatzprogramm gearbeitet. Doch von einer Diskussion kann erst in den letzten Wochen und Monaten die Rede sein. Das liegt zum Teil an der »Abgeschiedenheit« der Programmarbeit, deren wenige Öffnungsversuche (siehe u.a. die Leitfragen zur Programmdebatte von Anfang 1993) nicht dazu angetan waren, eine breite Beteiligung aus den verschiedenen Gewerkschaftsbereichen anzuregen, aber auch an der politischen Einseitigkeit der Arbeit in sogenannten »Expertenrunden«, in denen dezidiert kapitalismuskritische Positionen offenkundig nicht erwünscht waren. Die späte Klage der »Programmarchitekten« über mangelnde Diskussion fällt auf sie selbst zurück.

Zugestanden: Die Ausarbeitung fundierter Positionsbestimmungen fällt heutigentags nicht leicht. Es kommt nicht von ungefähr, daß seit Jahren in allen Einzelgewerkschaften Zukunftsdebatten, die immer verknüpft sind mit Fragen der Organisationsentwicklung, auf der Tagesordnung stehen. In Zeiten ökonomischer, gesellschaftlicher Umbrüche eine Selbstverständigungsdebatte zu führen ist eben nicht nur notwendig, sondern ebenso kompliziert. Aber die Erkenntnis, daß sich der Kapitalismus nach den kurzen Siegesfeiern des Jahres 1989 selbst in einer Krise befindet, gehört mittlerweile zur Alltagsanschauung. Deshalb sind viele Formeln, die sich durch die diversen Programmentwürfe ziehen, schnell zu Relikten geworden. Das gilt insbesondere für die Erwartung, eine irgendwie sozial ausgestattete Marktwirtschaft sei der nach wie vor gültige Gesellschaftsvertrag in den kapitalistischen Zentren Westeuropas.

Der vorliegende Programmentwurf vermittelt kaum Einblick in die Realität der Gewerkschaftsarbeit am Ende des 20. Jahrhunderts: weder hinsichtlich der sozialökonomischen Bedrohungspotentiale, noch im Hinblick auf die erforderlichen Ansätze politischer Umgestaltung. Tatsache ist doch, daß es keinen Grund gibt, weshalb Unternehmerverbände daran interessiert sein sollten, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2000 zu halbieren, wenn sie doch vortrefflich – ganz traditionell – die Konkurrenz der »industriellen Reservearmee« nutzen können, um die Aktionen der (noch) Beschäftigten und der Gewerkschaften in Schach zu halten. Und Tatsache ist ebenso, daß es für die Steuerung hochkomplexer, kapitalintensiver, also teurer Anlagen höchst wichtig ist, das Erfahrungswissen der Facharbeiter intensiver nutzen zu können, was neue Managementstrategien und neue Formen der Arbeitsorganisation erfordert, während gleichzeitig der tarifliche und gesetzliche Schutz für die

immer größer werdenden Randbelegschaften demontiert wird, damit man nach dem Prinzip des »hire and fire« möglichst flexibel und billig über sie verfügen kann. Die Gräben der Zweidrittel-Gesellschaft werden breiter und tiefer. Solidarität wird immer weniger zu einer realen Alltagserfahrung, wo Ausgrenzung, Konkurrenz und Angst (um den Arbeitsplatz, die Zukunft der Kinder usw.) den porösen Kitt einer vielfach gespaltenen Gesellschaft ausmachen. Eine Marktwirtschaft, die nur deshalb soziale Züge hatte, weil Gewerkschaften als Gegenmacht in Betrieb und Gesellschaft dafür eintraten, daß die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums auch an diesem beteiligt werden, daß in der betrieblichen Mitbestimmung zumindest noch die Idee einer weitergehenden Demokratisierung der Wirtschaft weiterlebte, und daß der Sozialstaat ausgebaut wurde, der immer mehr war als ein Sozialversicherungsstaat – das alles sind für die heute herrschenden ökonomischen und politischen Kräfte kein Orientierungspunkte mehr. Standortpolitik ist Kapitalismus pur mit einem öffentlichen Gemeinwesen, das nicht mehr der Wohlfahrt aller, sondern dem Wettbewerb nach innen und außen verpflichtet ist. Deshalb gibt es immer mehr Neokonservative und Wirtschaftsliberale, die die Gewerkschaften selbst als entscheidendes Hindernis zur Durchsetzung ihrer Systemveränderung ansehen – ein Hindernis, das sie beiseite räumen müssen. Der Ausstieg aus Tarifverträgen und die Demontage erkämpfter Rechte sind Maßnahmen, den Gewerkschaften immer mehr die Existenzberechtigung streitig zu machen.

Ein Grundsatzprogramm hat die Funktion, die realen Widersprüche des heutigen Kapitalismus zu analysieren, um auf dieser Grundlage Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Es geht um die Verarbeitung der Alltagsrealität, um »Orientierungspunkte« für die Interessenvertretung in Betrieb und Gesellschaft zu gewinnen – durch Gewerkschaften, die Gegenmacht immer als notwendige Voraussetzung dafür verstanden haben, sich als Gestaltungskraft erweisen zu können. Der DGB braucht ein neues Programm. Das, was als Entwurf vorliegt, wird den Anforderungen nicht gerecht, was auch nicht durch eine »intelligenter« Antragsberatung nachgebessert werden kann. Deshalb braucht der DGB dringend eine wirkliche Programm-Diskussion. Bis zum nächsten ordentlichen DGB-Bundeskongreß in zwei Jahren bestünde die reelle Chance, einen neuen Entwurf zu erarbeiten, der tatsächliche Zukunftsperspektiven aufweist, auf die sich die unterschiedlichen politischen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung beziehen können. ♦

Wege in die Defensive – nicht aus ihr heraus

Ein Programmentwurf ohne Geschichte, Gegenwartsanalyse und Zukunftstrategie

Daß die Gewerkschaften ein neues Grundsatzprogramm brauchen, daran besteht kein Zweifel. Zu tiefgreifend sind die Umbrüche und Veränderungen in der Ökonomie, den Sozial- und Klassenstrukturen, den Vergesellschaftungsprozessen, aber auch in den politischen und ideologischen Kräftekonstellationen, die sich seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms 1981 vollzogen haben. Knapp zusammengefaßt sind die wichtigsten Elemente dieses Umbruchs:

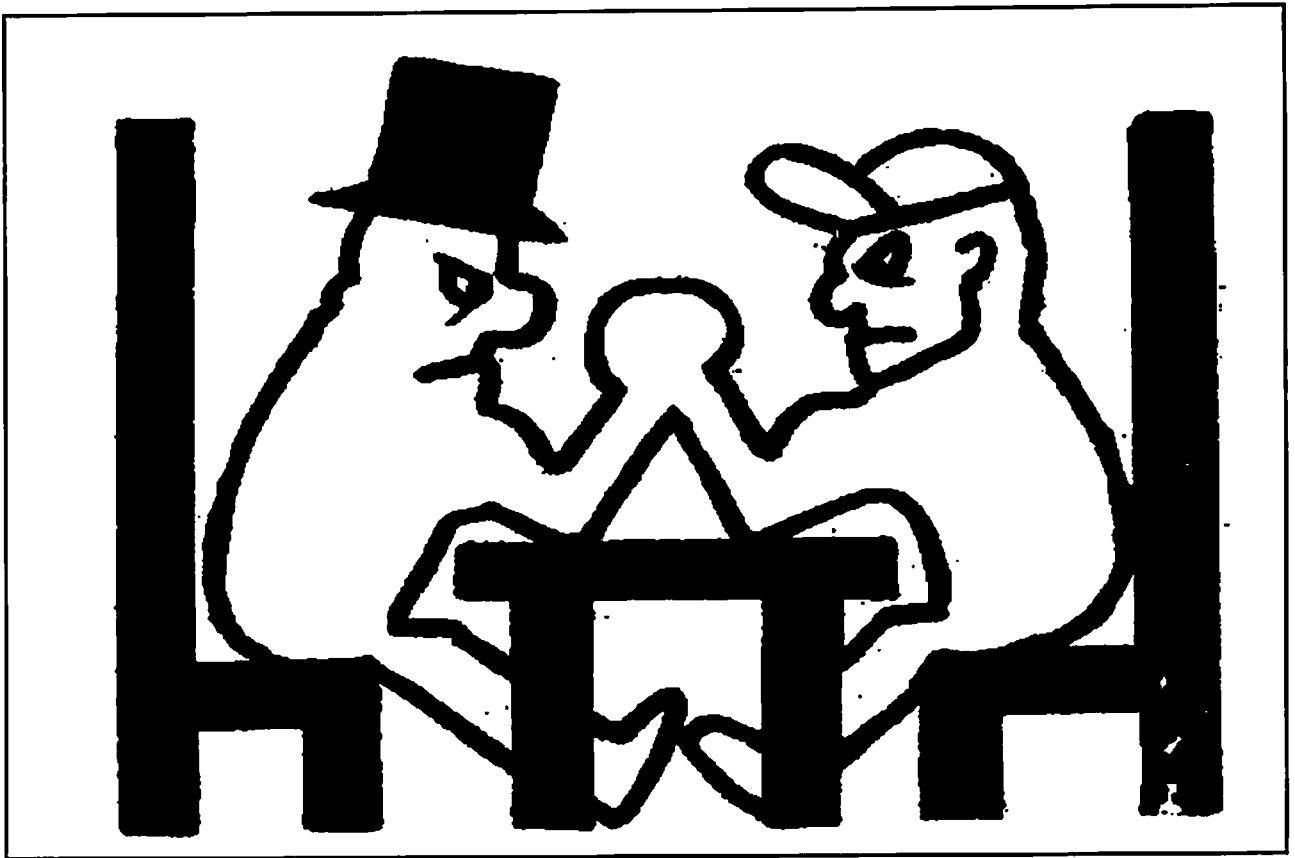
- die Durchsetzung eines »neuen Akkumulationsregimes« durch die Anwendung der Mikroelektronik in Produktion und Administration/Planung, »flexible Spezialisierung« und posttayloristische Formen der Arbeitsorganisation)
- der Wandel zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft
- eine neue Stufe der Globalisierung der Weltwirtschaft in der »Triade« und die Herausbildung des »Casino-Kapitalismus«
- postfordistische Vergesellschaftungsmuster, die als »Individualisierung« und »Enttraditionalisierung« beschrieben werden
- die Transformation des »keynesianischen Wohlfahrtsstaates zum »nationalen Wettbewerbsstaat«
- der weltpolitische Umbruch, der nach dem Zusammenbruch der »staatssozialistischen« Systeme Osteuropas und dem Ende der Systemkonkurrenz bzw. des Kalten Krieges die Frage nach einer »neuen Weltordnung« bzw. nach neuen »Weltordnungen« auf die Tagesordnung der internationalen Politik gesetzt hat.¹

Die politisch-ideologischen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung von Elementen der neuen Formation werden durch die neoliberale Hegemonie geschaffen. Das neoliberale Projekt propagierte zunächst eine »Revitalisierung« des weltweiten Kapitalismus, dessen Wachstumsdynamik – vor allem in Nordamerika und Westeuropa – seit den frühen siebziger Jahren erheblich nachgelassen hatte. Diese wie-

derum sollte durch die Zurücknahme des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, durch die Umstellung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik auf die Angebotspolitik und die Inflationskontrolle (»Monetarismus«) sowie durch den Abbau des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaates und vor allem durch eine Schwächung der Macht der Gewerkschaften erreicht werden. Privatisierung, Deregulierung und Entstaatlichung sind die Schlagworte, mit denen dieses Projekt auch in den öffentlichen Debatten (und bei Wahlen) sich durchsetzte.

Im »Teufelskreis des Niedergangs«

Prognosen über die Zukunft der Gewerkschaften fallen derzeit eher pessimistisch aus. Soweit Szenarios künftiger Entwicklungen entworfen werden, gehen sie in ihrer überwiegenden Mehrheit davon aus, daß sich bis zum Ende des Jahrhunderts jene sozialökonomischen und politischen Entwicklungstrends fortsetzen werden, in denen sich seit dem Ende der siebziger Jahre die krisenhafte Erosion der fordistischen Formation des Nachkriegskapitalismus und die Herausbildung von Strukturelementen einer neuen Formation manifestieren. Globalisierung, neue Technologien, Vorherrschaft des Finanzkapitals (»Casino-Kapitalismus«) und des Telekommunikationssektors, Erosion nationalstaatlicher Souveränität, anhaltende und chronisch ansteigende Massenarbeitslosigkeit, gesellschaftliche Desintegration und fortschreitende Heterogenisierung der Arbeiterklasse – alle diese Teilaspekte der Umbruchperiode deuten auf eine Verdichtung jener Prozesse hin, in denen der Handlungsrahmen für die im Fordismus erfolgreiche Gewerkschaftspolitik zunehmend aufgebrochen wird: der keynesianische, nationale Wohlfahrtsstaat, makroökonomische Steuerung, hohe Regelungsdichte und Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen, universalistische Politikorientierung der Ge-



werkschaften kombiniert mit starken – durch das kollektive Arbeitsrecht abgesicherten – Machtpositionen in den Zentren der fordistischen Massenproduktion.

Die drei Entwicklungsszenarien ergeben sich aus dieser allgemeinen Prognose:²

■ Das Modell »Wachstum ohne Beschäftigung« (jobless growth) bezieht sich auf die fortschreitende Entkoppelung von Wachstum und Arbeitsmarkt. Arbeitsintensive Produktionen werden mehr und mehr ausgelagert; das Profil der Makroökonomie wird durch Produkte mit einem hohen Wertschöpfungsanteil und einen innovativen Dienstleistungssektor charakterisiert. Im Zentrum wird den Beschäftigten ein hoher Lebensstandard garantiert, während sich die Peripherie der prekären Beschäftigungsverhältnisse, der Dauerarbeitslosigkeit und der Armut immer weiter ausdehnt. Der weitere Verfall bzw. das Steuerungsversagen der sozialstaatlichen Institutionen ist vorprogrammiert.

■ Das Modell des »innerbetrieblichen Wohlfahrtsstaates« auf der nationalen und internationalen Ebene reflektiert zunächst den Trend zur Schwächung von universalistischen, betriebsübergreifenden Arrangements durch Tarifverträge (Flächentarifvertrag) und politischen Regelungen auf der nationalstaatlichen Ebene. Die zentralen Akteure neuer Vereinbarungen mit einer grenzüberschreitenden, »variablen Geometrie« sind die transnationalen Konzerne. Damit ist –

vor allem für die Gewerkschaften – die Gefahr verbunden, daß die großen europäischen Unternehmen kleine Inseln relativ guter Beziehungen zwischen den Tarifparteien in einem Meer der stets weitergehenden Deregulierung werden.³

■ Das Modell der »neuen Dienstleistungsökonomie«, das wiederum erhebliche Belastungen für die Sozialpolitik mit sich bringt – vor allem durch die Herausbildung eines neuen »Dienstleistungsproletariats« (zu dem auch Teile der »neuen Selbständigen« gehören) mit unsicheren, gering qualifizierten und entlohnten Tätigkeiten, ohne Aufstiegschancen, aber permanent durch den Abstieg in die Armutssegmente der Gesellschaft bedroht und diszipliniert.

Vorerst bestehen kaum Aussichten, aus dem »Teufelskreis des Niedergangs«, in dem die Schwächung weitere

Frank Deppe ist Hochschullehrer in Marburg.

¹ Vgl. dazu u.a. F. Deppe, *Jenseits der Systemkonkurrenz, Überlegungen zur neuen Weltordnung*, Marburg 1991.

² G. Esping-Anderson, *The Emerging Realignment between Labour Movements and the Welfare State*, in: M. Regini (Ed.), *The Future of Labour Movements*, London 1992, S. 133 ff., hier S. 143 ff.

³ Vgl. dazu T. Schulten, *Auf dem Weg zu einem neuen Unternehmenscorporatismus?*, in B. Jessop u.a., *Europäische Integration und politische Regulierung*, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Studien, Band 5, Marburg 1995, S. 97 ff.

Schwäche erzeugt (»weakness breeds weakness«⁴), ausbrechen bzw. »Licht am Ende des Tunnels« auszumachen.⁵ In dieser Position der relativen Ohnmacht offenbart sich die hegemoniale Konstellation des heutigen kapitalistischen Weltsystems. Die »Definitionsmacht« für die Spielregeln nicht allein der globalen Bewegung von Waren, Kapital und Informationen, sondern auch für die Grenzen der Handlungsfähigkeit politischer und sozialer Akteure, die überwiegend im nationalstaatlichen Rahmen agieren, geht in der Tat vom »Sachzwang Weltmarkt« aus. Die Krise der Gewerkschaften ist daher auch Ausdruck der Tatsache, daß sie »Gefangene« der Weltökonomie (Narr/Schubert) sind und dabei den hegemonialen Akteuren auf dem Weltmarkt, vor allem dem Management der transnationalen Konzerne und Finanzinstitutionen, strukturell unterlegen sind.

»Konstruktive« Partnerschaft statt Gegenmacht?

Es wäre zu erwarten gewesen, daß das Grundsatzprogramm von einer gründlichen Analyse, einem gründlichen Begriff der gegenwärtigen Umbruchsepoche bzw. des krisenhaften Formationswandels ausgeht, um von hier aus die Aufgaben und Ziele gewerkschaftlicher Politik zu bestimmen. Doch dies ist nicht der Fall.

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hat die Erfolge der deutschen Gewerkschaften damit begründet, daß sie sich »konstruktiv auf die Gestaltung der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft eingelassen (haben), mit einer auf Produktivitätssteigerung setzenden Tarifpartnerschaft und Betriebsverfassung«.⁶ Diese Prämisse zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte bisherige Programmarbeit. Für die heutige, moderne Gesellschaft gilt ein Gestaltungskonzept, das zwar von der Existenz unterschiedlicher, zum Teil gegensätzlicher Interessen ausgeht, die aber »auf demokratische und soziale Weise zivilisiert werden« können. Das Gegenmachtkonzept gewerkschaftlicher Interessenvertretung wird in die Geschichte zurückverlagert.

Meine These ist, daß *erstens* mit einem solchen Ansatz weder die historischen Erfahrungen der Gewerkschaften, noch die heutige Realität des »globalen Kapitalismus« angemessen beschrieben werden und daß *zweitens* die strategische Option für Kooperation und Gestaltung das Konzept der Sozialpartnerschaft (das nun keineswegs neu ist) als den zentralen Maßstab für eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik überhöht. Die Behauptung, daß Dialogfähigkeit, Kompromißbereitschaft und parlamentarisch-demokratische Legitimität stets die Möglichkeit »vernünftiger« Lösungen eröffnet, halte ich für reichlich illusionär, wenn nicht gleichzeitig von den Kämpfen die Rede ist, die notwendig sind, um auch die einfachsten Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen (bzw. um »Errungenschaften« zu verteidigen).

Von Machtunterschieden zwischen den gesellschaftlichen »Gruppen«, die ja gerade gewerkschaftliche Gegenmacht als die Basis von Kooperation und Konflikt notwendig werden läßt, auch davon ist im Programmentwurf keine Rede. Der Tenor lautet: statt Gegensatz Integration, statt Kampf Diskurs und Dialog, statt Gegenmacht Beteiligung, statt Widerspruch Differenz.

Nehmen wir z.B. die Ausführungen über die demokratischen Beteiligungsstrukturen in Wirtschaft und Produktion (Leitbilder zur Gestaltung der Ökonomie). Den Forderungen zur Ausweitung von Mitbestimmungsrechten ist gewiß zuzustimmen. Allerdings wird die kritiklose Aufwertung von Unternehmenskultur, lean production, Verschlankeung, Co-Management usw. den realen Verhältnissen in den Betrieben ganz und gar nicht gerecht. Es fehlen die Hinweise auf die zahlreichen negativen Erfahrungen, die Belegschaften und Betriebsräte mit der »Verschlankeung« gemacht haben: mehr Leistungsdruck, Abbau von Arbeitsplätzen aufgrund höherer Produktivität und Verlagerung von arbeitsintensiven Bereichen in Billiglohnländer, soziale Auslese der Belegschaften. Es fehlen überzeugende Aussagen darüber, wie mit den kapitalistischen Rationalisierungsstrategien im Interesse der lohnabhängig Arbeitenden umgegangen werden muß.

Die Aufforderung, Dialogfähigkeit und Kompromißbereitschaft an den Tag zu legen, läuft im Kontext des Programmentwurfes darauf hinaus, daß die Gewerkschaften positiv auf die Vorgaben eingehen sollen, die von der herrschenden Wirtschaftsphilosophie und -politik – die sich auf die angeblichen Sachzwänge »Weltmarkt« und »leere (öffentliche) Kassen« beruft – und von den Unternehmensleitungen gemacht werden. Das ist der Kern der programmatischen Schwäche des Entwurfs. Die gewerkschaftlichen Forderungen konzentrieren sich nurmehr auf die soziale Ausgestaltung der Standortpolitik, aber sie verzichten auf Alternativkonzepte zu den herrschenden Vorstellungen und Strategien.

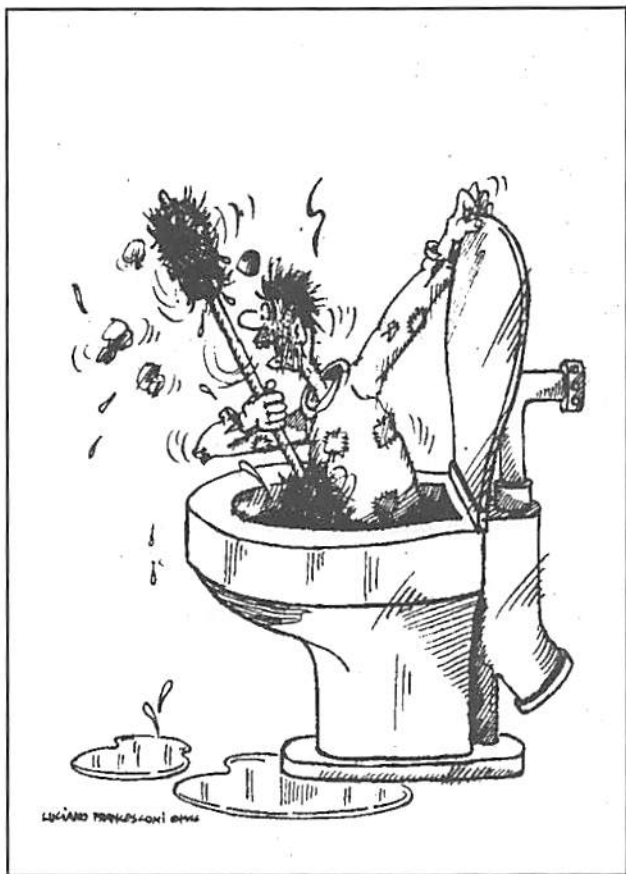
Da die Gewerkschaften seit den achtziger Jahren schwächer geworden sind, da sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit drastisch zugunsten der Kapitaleite und der Neoliberalen verschoben hat, ist realistischerweise davon auszugehen, daß sie in dem eingeforderten »Dialog der Sozialpartner« nicht der »hegemoniale Partner« sein werden. Wenn dazu noch im Programmentwurf systematisch die Frage nach der Entwicklung gewerkschaftlicher Kampffähigkeit ignoriert wird, dann bleibt als »Botschaft« nur übrig: anpassen oder untergehen!

Eine solche Politik lebt von der Illusion, es sei möglich, mit einer subalternen »Überwinterungsstrategie« zu überleben, indem sich die Gewerkschaften darauf konzentrieren, die nach wie vor relativ privilegierten Mitgliedergruppen, soweit diese noch im Arbeitsprozeß verblieben sind, zu schützen. Damit aber würde die Gewerkschaftspolitik einen

ständischen Charakter annehmen. Sie würde auf den Anspruch gesellschaftspolitischer Gestaltung und Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse zum Nachteil der Lohnabhängigen und der aus dem System der Erwerbsarbeit Ausgegrenzten weitgehend verzichten.

Widersprüche der heutigen Zeit

Eine Grundsatzprogrammdebatte sollte sich an jenen Erfahrungen, Analysen und Debatten orientieren, die mehr und mehr die Krisentendenzen und Risikopotentiale des heutigen kapitalistischen Wachstums- und Akkumulationsmodells zum Gegenstand haben – und darin eingeschlossen: die »Siegkrisis, in die der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges hineingeschlittert ist und in der auch die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung neu ausbuchstabiert werden müssen«. ⁷ Daß dieses Modell – vor allem in den neunziger Jahren – immer stärker an seine Grenzen gerät, daß die neoliberale Hegemonie zerfällt und daß daher auch die Frage nach einer Alternative politisch an Einfluß gewinnt, dafür gibt es keine Gewißheit, aber doch eine Reihe von Indikatoren, die auch im Rahmen einer Grundsatzprogrammdebatte nicht übersehen werden sollte.



- Bei diesen Widerspruchskomplexen handelt es sich:
- um die globalen Spaltungen zwischen Armut und Reichtum, die sich in den Metropolen selbst reproduzieren und verfestigen und eine Krise der Gesellschaft erzeugen, die sich zunehmend »fragmentiert«;
 - um die Ausbeutung von Ressourcen, die Zerstörung der Natur und die Belastungen des Klimas, des Wassers, der Böden usw. durch die gleichsam ungehemmte Fortsetzung und weltweite Verbreitung des industriekapitalistischen Wachstumsmodells;
 - um die Schwächung der Nationalstaaten als der politischen Arenen, in denen demokratische Forderungen durchgesetzt und Instrumente sowie Institutionen zur Kontrolle der kapitalistischen Entwicklungswidersprüche erkämpft wurden;
 - um eine Überakkumulationskrise des Kapitals, die durch Produktivkraftsteigerung (»mikroelektronische Revolution«), durch das Aufblähen des »fiktiven (spekulativen) Kapitals« sowie durch den Abbau des fordistischen Wohlfahrtsstaates gerade nicht in eine neue, stabile Formation (Kohärenz von Akkumulationsregime und Regulationsweise) übergeht, sondern sich durch Wachstumsschwäche, chronisch ansteigende Massenarbeitslosigkeit und konjunkturelle – vor allem monetäre – Instabilität auszeichnet;
 - um eine Krise der »Arbeitsgesellschaft«, die mit der Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit zugleich einen wachsenden Teil der Bevölkerung aus dem Erwerbssystem – aus der »auf dem Tauschwert beruhenden Produktion« – »freisetzt«. Diese strukturelle Schwäche des heutigen kapitalistischen Wachstums- und Akkumulationstyps, die Entkoppelung von Wachstum, Produktivitätsfortschritt und qualifizierter Beschäftigung, muß doch den entscheidenden Bezugspunkt bilden a) für den Begriff der Krise der sozialstaatlichen Apparate und b) für eine neue Beschäftigungs- und Sozialpolitik;
 - und schließlich handelt es sich auch um eine Krise der politischen Kultur – unter Einschluß der demokratischen Institutionen, die nicht allein auf die sozialökonomischen Prozesse, sondern vor allem auch auf die neuen Medien (»Informationsgesellschaft«) zurückzuführen sind, die den gesamten politischen Prozeß, vor allem die Formen und Organisationen der »zivilgesellschaftlichen« Vermittlung, der Öffentlichkeit zwischen Gesellschaft und Staat/Politik, d.h. eben die Funktionsbedingungen der Demokratie, grundlegend verändert haben.⁸

⁴ J. Visser, The Strength of Union Movements in Advanced Capitalist Democracies, in: M. Regini, a.a.O., S. 31.

⁵ Vgl. dazu das Heft 4/95 der vom DGB herausgegebenen Gewerkschaftlichen Monatshefte mit dem Titel »Europäische Gewerkschaften im Aufwind?«

⁶ D. Schulte, Anpassen oder untergehen, in: Die Mitbestimmung, 9/95, S. 35.

⁷ U. Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/Main 1993, S. 17.

⁸ Vgl. dazu vor allem J. Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat, a.a.O., S. 136 ff.

Neubewertung der Arbeit

Für eine gewerkschaftliche Programmdebatte sollte am Ende des 20. Jahrhunderts die Frage nach einer Neubewertung von Arbeit im Zentrum stehen. Die gewaltigen Produktivitätszuwächse, die aufgrund der »informationellen Revolution« sowie aufgrund arbeitsorganisatorischer Rationalisierung erzielt werden, führen dazu, daß ein ständig wachsender Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung aus dem System der Erwerbsarbeit ausgegrenzt wird. Die Prinzipien der Exklusion und des Dualismus, von denen Alain Touraine spricht, haben gerade hier ihren Grund. Der »neue Gesellschaftsvertrag«, der der Zuspitzung solcher Marginalisierungstendenzen entgegenzuwirken hätte, wäre so die Antwort der »Gesellschaft« (im Resultat von Kämpfen und als Artikulation von Kräftekonstellationen in der Gesellschaft) auf die Entgrenzung der Marktprozesse, genauer: der Kapitalakkumulation.⁹ Diese Antwort kann die rechtliche und institutionelle Form komplexer Regelungssysteme – von der betrieblichen über die nationale bis zu transnationalen Ebene – annehmen.

Eine Intervention, die darauf gerichtet ist, die produktiven Vergesellschaftungspotentiale der »neuen Betriebsweise« freizusetzen, differenziert sich wesentlich in drei Gestaltungsbereiche aus:

Erstens verlangt die »neue Betriebsweise« neue Formen der enthierarchisierten und flexiblen Arbeitsorganisation, die die Potentiale der individuellen Qualifikation und Kreativität ebenso zu nutzen vermag wie die der nicht-hierarchischen Kooperation. Damit werden auch neue Formen der Produzentendemokratie möglich, die über die traditionellen Partizipations- und Mitbestimmungskonzepte der Gewerkschaften insofern hinausgehen, als sie die Arbeitsorganisation und letztlich auch den Zweck der Produktion und damit auch die Gebrauchswerteigenschaften der Produkte zum Gegenstand haben könnten (z.B. im Kontext einer Ökologisierung der Produktion wie der Produkte).

Zweitens werden – auch unter Effizienzgesichtspunkten – durch die »neue Betriebsweise« neue Arbeitszeitregime möglich und notwendig. Diese werden sich nicht allein auf die Verkürzung der Wochen- bzw. der Lebensarbeitszeit beschränken müssen. Eine solche Beschränkung (im Sinne von »Not-Lösungen«) ist nur dann erforderlich, wenn in der harten Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit für den schwächeren Teil, nämlich für die Lohnabhängigen, Arbeitszeitverkürzung mit steigender Arbeitslosigkeit, geringerem Einkommen und sozialem Schutz und der Präkarisierung der Arbeit (»bad jobs«) verbunden ist. Sobald freilich solche – über den Betrieb hinausgreifende – gesellschaftlichen Sicherungen vorhanden sind, kann auch der Rahmen für die Flexibilisierung von Arbeitszeiten – unter Berücksichtigung individueller und partikularer Arbeitszeitinteressen – sehr viel weiter gespannt werden.

Daraus folgt schon eine *dritte* Gestaltungsaufgabe. Sie wird durch die Frage definiert, wie die aus den gewaltigen Produktivitätssteigerungen im Kernbereich der materiellen Produktion hervorgehende »Freisetzung« von Arbeitskraft gesellschaftlich »verarbeitet« wird. Diese Fragestellung führt zum Verhältnis von Markt und Staat/Politik als Steuerungsprinzipien sozialökonomischer Prozesse zurück. Sofern die Regulation dieser Produktivitätsgewinne den Steuerungsprinzipien des Marktes überlassen bleibt, erzeugen diese über die ständig zunehmende Außerwertsetzung von Arbeitsvermögen – über Arbeitslosigkeit sowie über die »Schattenökonomie« – einen gewaltigen Ballast für die Gesellschaft, dessen Bewältigung stets höhere, unproduktive Kosten verursacht. Der Verlust von industriellen »Normalarbeitsplätzen« (inzwischen auch von Arbeitsplätzen im tertiären Sektor: bei Banken und Versicherungen, bei der Telekom etc.) wird – auch im Hinblick auf das Nachfragepotential der Einkommen – nur unzureichend kompensiert. Stattdessen nimmt die Zahl der sog. »bad jobs« mit unzureichendem sozialem Schutz und geringer Bezahlung zu.

Die Gestaltung des gesellschaftlichen Umfeldes der »neuen Betriebsweise« steht daher vor der Aufgabe, dieser Dualisierungstendenz entgegenzuwirken. Beschäftigungspolitik, die wesentlich weniger gesellschaftliche Kosten in Anspruch nähme als diejenigen der Massenarbeitslosigkeit und der Armut, hätte sich demzufolge darauf zu konzentrieren, qualifizierte Tätigkeiten im Dienstleistungssektor – vor allem zur Befriedigung jenes wachsenden Bedarfes, der in den Bereichen der Ökologie, der Gesundheit und des Alters, der Bildung, Weiterbildung und Kultur besteht – abzusichern und neue, qualifizierte Tätigkeiten zu erschließen. Auch hier gilt, daß eine solche Politik keineswegs dem starren Muster zentralstaatlich hierarchisierter Ressourcennobilisierung und -zuteilung folgen muß. Allerdings werden die politischen und sozialen Auseinandersetzungen auf der zentralstaatlichen Ebene einen »Machtwechsel« zu Lasten des neoliberalen »Blocks an der Macht« herbeiführen müssen – als *eine* politische Voraussetzung für einen Prioritätenwechsel bei den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen.

Fazit: Sollte auch nur ein Teil meiner kritischen Überlegungen zutreffen, dann wäre zumindest eine Schlußfolgerung nicht von der Hand zu weisen: daß wir sehr viel mehr Zeit für eine solche Debatte brauchen, als derzeit vom DGB-Bundesvorstand vorgesehen ist. ♦

⁹ Vgl. dazu ausführlicher Frank Deppe, Ein neuer Gesellschaftsvertrag. Anmerkungen zu einem transnationalen Krisendiskurs, in: Sozialismus 7/1994